

Paul Georg Geiß

Regionalismus und Staatlichkeit in Turkmenistan¹

Eine Analyse des politischen Wandels in Turkmenistan ist mit dem gängigen analytischen Instrumentarium der Transformationsforschung nur sehr schwer zu bewerkstelligen. Vor allem die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontextbedingungen für Politik in außereuropäischen Regionen finden darin häufig nur unzureichende Beachtung (Merkel et al. 2003). Aufgrund des Personenkults um Präsident Nijazov wurde das unabhängige Turkmenistan oft mit Stalins Sowjetunion verglichen und mit Begrifflichkeiten der Sowjetologie analysiert (Ochs 1997: 349). Andererseits wurden Turkmenistan und andere zentralasiatische Republiken in transformationstheoretischer Perspektive – Linz' Typologie von totalitären, autoritären und demokratischen Systemen folgend (Linz 1975: 175–412) – als autoritäre Regime beschrieben. Diese Trias von „modernen“ politischen Systemen ist für die Analyse des postsozialistischen Wandels in Ländern wie Turkmenistan jedoch wenig brauchbar, da sie stark auf Parteien, Parlamente und Wahlen bezogen ist und andere Bereiche des politischen Systems und der Gesellschaft wenig beachtet.

In diesem Aufsatz soll die gesellschaftliche Verankerung von Staatlichkeit im sowjetischen Turkmenistan anhand des Regionalismus skizziert und die Veränderung nach dem Zerfall der Sowjetunion aufgezeigt werden. Da der Regionalismus in der Literatur auch mit Tribalismus gleich gesetzt und nicht von den tribalen Strukturen der turkmenischen Stammeskonföderationen des 19. Jahrhunderts unterschieden wird (Akbarzadeh 1999: 282f.; Bohr 1996: 348), ist die Analyse historisch-vergleichend angelegt und sich des so genannten *travelling problem* von Begriffen bewusst.

* Dr. phil. Paul Georg Geiß, geb. 1969, Deutsches Orient-Institut Hamburg.

¹ Der Aufsatz beruht auf einem Vortrag im Rahmen eines Turkmenistan-Workshops des St. Antony's College in Oxford am 18./19. Juni 2004. Der Verfasser dankt Šochrat Kadyrov für seine Anmerkungen zum Text.

Tribale Bindung und die Errichtung sowjetischer Staatlichkeit

Bis in die 1980er Jahre vertraten viele Sowjetologen die Ansicht, dass die Errichtung der Sowjetunion mit starken staatlichen Strukturen einher ging und die ökonomische und politische Durchdringung der Gesellschaft durch formale Organisationen bewirkt wurde. Dadurch hätte die Parteiführung den Zentralstaat viel effektiver durchsetzen können, als dies im zaristischen Russland der Fall war (Service 1979). Neuere Studien stellen diese Sichtweise in Frage und beschreiben für die beiden Jahrzehnte nach der Oktoberrevolution alles andere als straff organisierte und zentral kontrollierte Parteistrukturen außerhalb Moskaus (Easter 1996: 556). Diese Arbeiten versuchen zu zeigen, dass die zentralstaatliche Kontrolle der Regionen durch persönliche Klientelnetzwerke Stalins und seiner engsten Vertrauten erreicht wurde, indem einerseits loyale Eliten aus der Zentralverwaltung in die Regionen versetzt und andererseits regionale Kader für zentrale Regierungspositionen rekrutiert wurden (Hughes 1996; Pethybridge 1990; Getty 1985). Die Sowjetunion entwickelte sich deshalb zu einem „starken“ Staat, weil im sowjetischen Partei- und Staatsapparat formale bürokratische Institutionen mit informellen Netzwerken verknüpft waren (Gill/Pitty 1997).

In Turkmenistan war wie in anderen Randlagen der Sowjetunion die Errichtung des Zentralstaates nicht nur mit der Ausdehnung von Stalins Klientelnetzwerk



über wenig entwickelte und stark fragmentierte Regionen verbunden. Die Staatsbildung zielte auch auf die Herstellung eines einheitlicheren sozialen Raums für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft und für die Umsetzung der radikalen kulturellen und sozio-ökonomischen Entwicklungsziele. Die dafür notwendige gesellschaftliche Homogenität wurde durch die sowjetische Nationalitätenpolitik geschaffen: Die nationale Teilung Zentralasiens von 1924 und die Errichtung der Turkmenischen Sowjetrepublik setzten eine Entwicklung in Gang, die die Nationalität als kulturelle Identität förderte. Durch die Schaffung einer turkmenischen Literatursprache, die Einführung der allgemeinen Schulpflicht und die Errichtung von titularsprachigen kulturellen Einrichtungen sollten tribale Bindungen überwunden und die Mitglieder der zuvor verfeindeten Stammeskonföderationen in einer neuen Gemeinschaft integriert werden (Roy 1997; Geiß 1996).

In der Folge wurden sowjetische Verwaltungsstrukturen mit Republiks-, Gebiets- und Bezirkskörperschaften und vorgelagerten Parteiapparaten errichtet, das Kolchossystem und sowjetische Polizeistrukturen eingeführt sowie Schul- und Bildungseinrichtungen verbreitet. Die Bevölkerung wurde von den sowjetischen Staatsstrukturen viel stärker durchdrungen, als dies die zaristische Kolonialverwaltung zuvor vermocht hatte (Geiss 1999: 347-358; ders. 2003: 58-60, 97-113). Stämme und Stammeskonföderationen zerfielen als politische Gruppen in dem Ausmaß, in dem der Staat die wirtschaftlichen Ressourcen der Stammesgebiete zu kontrollieren begann und die politische Integration der Bevölkerung förderte. Die Herstellung von Beziehungen über gemeinsame Abstammungsgruppen blieb jedoch zumindest in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Revolution der wichtigste mentale Bezugsrahmen für die Herstellung von Vertrauen und Gruppensolidarität.

Die Einführung der Sowjetverwaltung und die Rekrutierung von lokalen Kadern (*korenizaciia*) änderten die Orientierungen der Eliten allerdings grundsätzlich. Während die zaristische zivile Militärverwaltung die tribale Politik auf die Lokalebene zurückgedrängt hatte, erlangten die sowjetischen Eliten auch auf Regional- und Republikebene wieder politischen Einfluss, wo nun Parteigremien die Kontrolle über Ressourcen einzelner Gebietskörperschaften monopolisierten. Dieser Wandel ließ territoriale Orientierungen entstehen und ging mit der Umbildung der sozialen Beziehungen einher. Beruhten im 19. Jahrhundert die akephalen turkmenischen Stammesverbände² noch auf unmittelbar reziprokem sozialem Austausch, so begünstigte die Errichtung der Sowjetverwaltung

² Im Gegensatz zu den kephalen Stammesverbänden der Kasachen und Kirgisen, die Stammesführer (*Bijs*) als Richter und politische Führer anerkannten, entschieden bei den Turkmenen Ältestenräte die politischen und gewohnheitsrechtlichen Belange einzelner Stammesgruppen. Anführer wurden nur für Kriegs- und Raubzüge gewählt, ihre Befehlsgewalt endete mit der Aufteilung der Beute und der Rückkehr der Teilnehmer in ihre Camps und Dörfer (*Obas*).

soziale Schichtung und redistributive Formen des Austausches³ sowie die Entstehung von Patronagebeziehungen (vgl. Pétric 2003: 119-132, 195-260).

Die fünf neu geschaffenen Regionen (*oblasti*) der Sowjetverwaltung umfassten die Territorien der ehemals fünf großen Stammeskonföderationen: So dominierten die Ahal-Teke die Region Aschgabat (heute: das Ahal Wilajet) und die Merv-Teke das Gebiet Mary. Die West-Jomuten wurden einflussreichste Gruppe in Krasnovodsk (heute: Balkan), während die Nord-Jomuten im Gebiet Tašauz (heute: Dašoguz) die größte Bevölkerungsgruppe stellten. Die Ersaris betrachteten die Region Čardžou (heute: Lebap) als ihr Land. Aufgrund der Identifizierung dieser neuen Gebiete mit ehemaligen Stammesterritorien wurden deren Bewohner weiterhin mit den großen Stammesverbänden in Verbindung gebracht, obwohl die tribalen Bindungen von regionalen verdrängt wurden. Die neuen Eliten konkurrierten nicht nur um den Zugang zu Partei- und Staatsämtern, sondern bemühten sich auch, Investitionen aus Moskau möglichst in ihre Herkunftsgebiete zu kanalisieren.

Die geografische Randlage mehrerer Gebiete und das Festhalten an endogamen Heiratspraktiken begünstigten die Herausbildung regionaler Identitäten und verhinderten Heiratsallianzen zwischen regionalen Eliten. Die neuen politischen Rahmenbedingungen ließen Netzwerke entstehen, die oft als „Clans“ bezeichnet werden und deren Zusammenhalt auf wechselseitigem Vertrauen und gemeinsamen ökonomischen Interessen beruhte. Da diese Netzwerke meist eine Abstammungsgruppe umfassten, wurden sie weiterhin mit den vorkolonialen „Stämmen“ (*plemja*) identifiziert, die aber wenig mit den unabhängigen turkmenischen Stammeskonföderationen des 19. Jahrhunderts gemein haben und klar von den späteren Allianzen regionaler Eliten unterschieden werden sollten.⁴

Der Aufbau der Turkmenischen KP und ihrer Institutionen beruhte jedoch nicht auf einer ausgeglichenen Repräsentation der fünf Regionen. Die meisten führenden Kommunisten waren West-Jomuten aus Mangyschlak oder Teke-Turkmenen aus Tedschen und Aschgabat. Sie kamen aus Gebieten, die durch die zaristische Kolonialverwaltung geprägt waren und deren lokale Eliten stärker mit russischen Schulen und der russischen Kultur vertraut waren (Edgar 1999:

³ Redistribution bezeichnet – im Gegensatz zum Gabenaustausch (Reziprozität) in Stammesgesellschaften oder offenen Formen des Marktaustausches in westlichen Gesellschaften – einen sozialen Austauschmodus, bei welchem Güter und Dienstleistungen (z.B. Steuern) einem Verwaltungszentrum abgeliefert und von diesem wieder verteilt wird (z.B. Eigentumsrechte, Personenschutz). Dabei wird ein beträchtlicher Anteil der Ressourcen von Regierungsmitgliedern für den Eigenbedarf zurückgehalten oder an nahestehende Personen umverteilt.

⁴ Die Bezeichnung „Clans“ für diese politischen Allianzen ist ebenso irreführend, da er der Ethnologie entnommen wurde, wo er einerseits auf tribale Abstammungsgruppen mit ungenauer Genealogie, andererseits auf Sippen mit nur einem gemeinsamen Ahnen und Gruppennamen bezogen wird.

291-301). Kader wurden daher bevorzugt aus diesen Gegenden und der russophilen Hauptstadt rekrutiert. Die Moskauer Parteiführung sah sich dabei oft in der Rolle des Schiedsrichters zwischen rivalisierenden regionalen Eliten und bemühte sich, Begünstigungen einzelner Gruppen zu vermeiden (Edgar 1999: 98-121).

Regionalismus im sowjetischen Turkmenistan

Gewöhnlich wird in der Literatur die Meinung vertreten, die sowjetische Verwaltung in Turkmenistan sei von der Abstammungsgruppe der Ahal-Teke dominiert worden (Bennigsen/Wimbush 1985: 98; Roy 1997: 181f.). Eine genauere Analyse der regionalen Verankerung von führenden turkmenischen Kommunisten in wichtigen Partei- und Staatsämtern modifiziert diese Sichtweise. Bei Betrachtung der Zusammensetzung des turkmenischen Politbüros von 1955 bis 1989 fällt zunächst auf, dass die wichtige Position des Ersten Parteisekretärs immer mit Turkmenen besetzt wurde und sein Erster Stellvertreter ein Europäer war, dem wichtige Kontrollfunktionen zukamen. Während die Gesamtzahl der Politbüromitglieder zwischen neun (1962) und 17 (1986) lag, betrug der Anteil der nicht-europäischen Kommunisten zwischen fünf und zehn Mitgliedern, was eine Mehrheit für lokale Kommunisten implizierte (Ežegodnik BSE 1955–1990). Die bevölkerungsstärkste Region Ahal war mit fast doppelt so vielen Repräsentanten im Politbüro vertreten wie die anderen Regionen. Dennoch sollte aus dieser überproportionalen Repräsentation, die auch für einige andere Staatsinstitutionen charakteristisch zu sein schien, nicht geschlossen werden, dass die Ahaler eigenständig ihre Interessen durchsetzen konnten.

Obwohl Mitglieder des Politbüros in der Republik einflussreich waren und gewöhnlich führende Positionen im Staatsapparat einnahmen, war ihr Status von Moskaus Personalentscheidungen abhängig, bei denen Kader aufgrund von Leistungsgesichtspunkten gefördert wurden. Die auf spezialisierten Berufslaufbahnen beruhende Kaderpolitik knüpfte die Bestallung von Spitzenpositionen an spezifische Qualifikationen. Ferner wurde die Besetzung der wichtigsten Positionen in der Republikführung wie jene des Ersten Parteisekretärs und seiner Stellvertreter im turkmenischen Zentralkomitee in Moskau entschieden, sodass von den designierten Amtsinhabern vor allem die Vertretung Moskauer Interessen erwartet wurde. Die wichtigsten Ernennungen in den *Oblast'*-Komitees (*Obkom*) der Turkmenischen KP erfolgten zwar durch Beschlüsse des turkmenischen Politbüros, sie wurden jedoch von Moskau kontrolliert und konnten abgeändert werden. In ähnlicher Weise wurden Personalentscheidungen auf der Bezirksebene vom *Obkom* getroffen und vom Politbüro kontrolliert. Die regionalen *Obkoms* kontrollierten nur die Ernennung der Vorsitzenden der Kolchosen und der Direktoren einiger Staatsbetriebe und Sowchosen, die von den Rayon-Komitees (*Rajkoms*) der KP eingesetzt wurden (Miller 1983: 62-97; vgl. Cleary

*Tabelle 1:
Regionale Verankerung von führenden turkmenischen Kommunisten*

1. Parteisekretäre des ZK der Turkmenischen KP	Regionale Zugehörigkeit	Vorsitzender des Ministerrats	Regionale Zugehörigkeit	Oberster Sowjet	Regionale Zugehörigkeit
Ša'dza Batyrov (1946-1951)	Ahal-Teke	Suchan Babaev (1945-1951)	Ahal-Alili (Waise)	Akmamed Saryev (1947-1959)	Ahal
Suchan Babaev (1951-1958)	Ahal-Alili (Waise)	Balyš O. Ovezov (1951-1958)	Dašoguz-Jomute		
		D.D. Karaev (1958)	Dašoguz		
D.D. Karaev (1958-1960)	Dašoguz	Balyš O. Ovezov (1959-1960)	Dašoguz-Jomute	N. Bajramov (1959-1964)	Ahal
Balyš O. Ovezov (1960-1969)	Dašoguz-Jomute	K. Redzepov (1961)	?		
		A. Annaliev (1961-1963)	Ahal		
		M.N. Gapurov (1963-1969)	Lebap (Čardzou)	Annamuchamed K. Klyčev (1964-1978)	Balkan
Muchmednazar N. Gapurov (1969-1985)	Lebap	Oraz O. Orazmuchammedov (1969-1975)	Ahal		
		Bally Ja. Jazkuliev (1975-1978)	Dašoguz		
		Čary S. Karryev (1978-1985)	Ahal	Bally Ja. Jazkuliev (1978-1988)	Dašoguz
		S.A. Nijazov (1985)	Ahal-Teke (Waise)		
Saparmurat A. Nijazov (1985-1991)	Ahal-Teke (Waise)	A. Chodzamuradov (1986-1989)	Mary	Roza A. Bazarova (1988-1990)	Lebap
		Chan A. Achmedov (1989-1991)	Ahal-Teke		

Quellen: Ežegodnik BSE 1955–1990; Kadyrov (2001); Interviews des Verfassers mit ehemaligen sowjetischen Parteifunktionären im Oktober 2002.

1974: 323-344). War jedoch ein Sowchodirektor gleichzeitig auch Mitglied des Zentralkomitees, konnte er nicht von seinen unmittelbar Vorgesetzten in der Bezirks- und Gebietsverwaltung abgesetzt werden, sondern nur durch einen entsprechenden ZK-Beschluss.

Teil der Rekrutierungsstrategie Moskaus war es ferner, Spitzenpositionen mit Vertretern aller Regionen zu besetzen. Der Vergleich der Herkunft von Inhabern der drei wichtigsten Positionen zeigt, dass die Ämter des Ersten Parteisekretärs, des Vorsitzenden des Ministerrates und des Präsidiums des Obersten Sowjets in der nachstalinistischen Zeit meist von Vertretern verschiedener Regionen besetzt wurden (s. Tabelle 1). Einzig in der Zeit des Ersten Parteisekretärs Batyrov (1947–1951) wurden alle Positionen durch Ahaler besetzt. In mindestens 14 der 34 untersuchten Jahre (1956–1989) waren alle fünf Regionen im Politbüro vertreten, in weiteren 13 Jahrgängen waren zumindest vier Regionen repräsentiert (vgl. Tabelle 1).

Der Wettbewerb zwischen regionalen Klientelnetzwerken (*mestničestvo*) wurde durch die europäischen Stellvertreter eingeschränkt, die als Moskaus „Aufpasser“ schwieriger zu integrieren waren. Eine klientelistische Personalpolitik konnte zu Sowjetzeiten auch deshalb nicht offen verfolgt werden, weil das *Obkom* und das Politbüro als Kollektiv Entscheidungen trafen, die von anderen Mitgliedern mit getragen werden mussten. Darüber hinaus gab es zahlreiche Institutionen wie die Armee, den KGB oder militärische Industriebetriebe, welche Moskau direkt unterstanden und besondere Rekrutierungsmechanismen aufwiesen (vgl. Moses 1983: 15-61).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Bestallung des Ersten Parteisekretärs zu einer politisch sensiblen Angelegenheit, da Moskau begonnen hatte, turkmenische Kommunisten für diese Position einzusetzen. Schwierigkeiten mit einheimischen Ersten Parteisekretären wurden der Parteiführung bald bewusst, als Šadža Batyrov (1946-1951) seinen Einfluss auf Kaderfragen nutzte, um sein Ahaler Klientelnetzwerk zu stärken (Kadyrov 2001: 345). Diese Form des „Nationalismus“ fand in Moskau wenig Gegenliebe und führte dazu, dass der Erste Parteisekretär aus anderen turkmenischen Regionen bestellt wurde. Moskaus Wunschkandidaten waren russifizierte turkmenische Kommunisten, die als Waisenkinder in Internaten aufgewachsen waren, mit europäischen Frauen verheiratet waren oder nicht zu lange in ihren Heimatregionen Funktionen ausübten. Dadurch sollten Führungspersönlichkeiten gefördert werden, die nicht in regionalen Klientelnetzwerken verstrickt waren. So wurde der Alili-Turkmen Babaev (1951–1958) zum nächsten Ersten Parteisekretär bestellt, der zuvor außerhalb seiner Herkunftsregion als *Obkom*-Sekretär tätig gewesen war. Dessen Alili-Abstammung verhinderte ein Bündnis mit dem Klientelnetzwerk seines Vorgängers, sodass er sowohl die Ahaler als auch andere regionale Gruppen zu Gegnern hatte (Kadyrov 2001: 346f.). Sein Nachfolger aus Tašauz, Džumadurdy D. Karaev (1958–1960), war vor seinem Amtsantritt Gebietssekretär in seiner Heimatregion. Die Ahal-Gruppe um Batyrov erreichte jedoch bald seine Abberufung. Balyš

O. Ovezov (1960–1969), vor seiner Bestallung Bürgermeister von Aschgabat, wird nachgesagt, mit Unterstützung von Eliten anderer Regionen eine gegen die Ahaler gerichtete Politik fortgesetzt zu haben. Später musste Ovezov die Parteiführung an Muchmednazar Gapurov übergeben, der im Gegensatz zu seinen Vorgängern Karriere im Schuldienst und in der Parteiorganisation (zuletzt als Gebietssekretär) in seiner Heimatregion in Čardžou (heute: Turkmenabat) gemacht hatte. Seine stärkere Verwurzelung in der Herkunftsregion entsprach den Trends der Brežnev-Zeit, in der Kaderkarrieren stärker innerhalb der Herkunftsregionen durchlaufen wurden (Gill/Pitty 1997: 165). Auch er soll keine Mühen gescheut haben, den Einfluss des Ahaler Klientelnetzwerkes gering zu halten (Kadyrov 2001: 248f.).

Als Gorbatschow den turkmenischen Premierminister Nijazov zum Perestroika-Kandidaten auserkor, wurde nach 34 Jahren wieder ein Ahal-Teke mit der Parteiführung betraut. Nijazov wuchs als Waise in einem Internat auf, ist mit einer Russin verheiratet und arbeitete acht Jahre in Leningrad. Wie seine Vorgänger nutzte er die Gelegenheit der „Kadererneuerung“, um Gapurovs Anhänger abzusetzen und sein eigenes Klientelnetzwerk innerhalb der Republik aufzubauen. Dieses war aber noch in sowjetische Institutionen eingebettet, die den Einfluss des Ersten Parteisekretärs beschränkten und genügend politischen Raum für unabhängige Führungspersönlichkeiten aus anderen Regionen Turkmenistans ließen.

Die beschriebene Rivalität zwischen regionalen Klientelnetzwerken impliziert aber nicht, dass die Sowjetmacht einen Typus des schwachen Staates schuf, wie er für einige afrikanische und asiatische Länder beschrieben wurde (Myrdal 1970: 227-243; Migdal 1988: 3-41). Der Sowjetstaat beruhte auf einer starken territorial gegliederten Zentralverwaltung, die tribale Orientierungen erodierte und diese in politische Klientelbeziehungen innerhalb eines hierarchisch organisierten Herrschaftsverbandes transformierte. Militärische und bürokratische Zwangsgewalt waren gut entwickelt und ermöglichten effektive Formen der staatlichen Ressourcenextraktion und -verteilung, wenn auch die sozio-ökonomischen Ziele in den Randregionen weniger effektiv umgesetzt und stärkere patrimoniale Enklaven innerhalb von Partei- und Staatsstrukturen erhalten blieben. Dieser relativ starke Staat beruhte auf der Überlappung von formalisierter bürokratischer Organisation und informellen Klientelnetzwerken innerhalb der kommunistischen Partei (Willerton 1992; Rutland 1993).

Nijazovs Transformation des postsowjetischen Staates

Die nationale Unabhängigkeit führte in Turkmenistan wie auch in anderen zentralasiatischen Republiken zu einer verstärkten Patrimonialisierung. Dem früheren ausbalancierten institutionellen Geflecht externer Akteure (KGB, militärisch-industrieller Komplex, Militär, Staatsanwaltschaft, Unionsbetriebe, Sowjetgewerkschaften etc.) und interner republikbezogener Eliten (regionale Partei-

und Verwaltungskader) unter der Schirmherrschaft der KPdSU folgte die stärker personengebundene Herrschaft der Ersten Parteisekretäre, die durch die Präsidialisierung der Republiken zu Staatspräsidenten wurden und alle Personalentscheidungen an sich zogen. Mangels rechtlicher Regulierung des Politischen oder eines starken Militärs wird seitdem die staatliche Einheit vor allem über die Personalpolitik der Präsidenten sichergestellt (Geiss 2001).

Auch Präsident Nijazov stärkte in dieser Weise seine historisch neuartige Position. Einerseits regiert er eine Bevölkerung, deren Vorfahren in vorsowjetischer Zeit stolz waren, ein „Volk ohne Kopf“ zu sein, andererseits kann er Turkmenen aus allen Regionen Befehle erteilen und diese politisch von sich abhängig machen. Obwohl Nijazov als Angehöriger der Ahal-Teke vor allem von den Ahalern unterstützt wurde, rekrutierte der Präsident auch Spitzenbeamte und Minister aus anderen Regionen und ließ sich als „Oberhaupt aller Turkmenen“ (*Türkmenbaşy*) im öffentlichen Raum inszenieren. Auch die Schaffung des Volksrats (*Chalk maslachaty*) als höchstes Repräsentativorgan sollte die politische Einheit aller Turkmenen stärken. Er umfasst nicht nur alle Regierungsmitglieder und Abgeordneten des Parlaments (*Madžlis*), sondern auch die direkt gewählten Volksvertreter (*Chalk vekilleri*) der Bezirke (Ätrapien) und die Hakime der Regionen (Wilajets). Auf Bezirks-, Regions-, und Republikebene belebte Nijazov auch die Tradition der Ältestenräte (*Iaşuly maslachat*) neu, welche früher über die Belange einzelner Abstammungsgruppen berieten und den Konsens für verbindliche Entscheidungen suchten. Sie erörtern die nationale Wiedergeburt und die Zukunft Turkmenistans, jedoch ohne realen politischen Einfluss.

Während in der ersten Hälfte der 1990er Jahre russophile Eliten aus Ahal stark an Macht in der Zentralregierung gewannen, bestellte Nijazov in den Wilajets auch Hakime, welche in ihrer Region verankert waren und dort sowie in der Hauptstadt aufgrund ihrer langen Amtszeit politischen Einfluss besaßen. Der Hakim von Mary, Kurbanmurat Orazov, und der Hakim von Dažoguz, Sapargeldy Motaev, waren solche Persönlichkeiten. Obwohl beide ihre Loyalität zum Präsidenten bekundeten und diesem in ihrer Provinz prunkvolle Residenzen errichten ließen, wurden sie 1996 wegen Unzulänglichkeiten in der Amtsführung abgesetzt.

Seit Mitte der 1990er Jahre radikalisierte sich Nijazovs Regime. Die ökonomischen Probleme Turkmenistans verschärfen sich, und die Regierung begann, Sozialleistungen und Staatsausgaben zu kürzen. Gleichzeitig traute der Präsident seinen Ministern und Hakimen immer weniger und begann, seine russophilen Miltstreiter aus der Sowjetzeit, wie etwa den Vize-Premier und Handelsminister Valerij Otčercov und den Erdgasminister Nazar Sujunov, durch junge unerfahrene Turkmenen zu ersetzen. Dies führte in den Regionen zu einer hohen Personalfuktuation. Gleichzeitig verstärkten die Minister den Persönlichkeitskult um den Präsidenten und entwickelten ein System des „vorausiehenden Gehorsams“, das Nijazov ein Regieren nach eigenem Ermessen ohne Bindung an informelle Re-

geln der Machtausübung und Machtteilung erlaubt. Er nutzte die schlechte Ernte von 1996 als Vorwand, um alle Hakime der Wilajets abzusetzen, und begrenzte ihre Amtszeiten auf ein Jahr. In jüngster Zeit bestellte er auch gebietsfremde Turkmenen als Hakime, die er wegen schlechter Getreide- und Baumwollerten regelmäßig zur Erntezeit wieder absetzte.

Das System des „vorausseilenden Gehorsams“ entwickelte eine Eigendynamik, durch die nun alle Äußerungen des Präsidenten als „Gesetze“ aufgefasst werden, welche die unterwürfigen und eingeschüchterten Staatsangestellten zu administrieren versuchen. So führten jüngste Äußerungen des Präsidenten über die Unschicklichkeit von Goldzähnen zu einem Unterrichtsverbot von Schülern und Studenten mit solchem Zahnersatz (Institute for War and Peace Reporting 2004). Den abschätzigen Bemerkungen des Präsidenten über den Wert von ausländischen Diplomen folgte ein Erlass, nach dem Staatsbedienstete mit ausländischen Abschlüssen aus dem Dienst zu entlassen sind (Novruzov 2004). Ähnliche Ansichten führten bereits zuvor zu unsinnigen Reformen im Bildungs- und Gesundheitssektor, wie der Abschaffung des Doktorats und der Akademie der Wissenschaften, der Reduktion der mittleren Schulbildung von elf auf neun Jahre, der Einführung von zweijährigen Universitätsstudien sowie der Ersetzung des medizinischen Personals in Krankenhäusern durch junge Rekruten.

Die willkürlichen Kurzzeitbestellungen von Ministern, Hakimen und Spitzenbeamten veränderten auch die Art der Klientelnetzwerke, da die sozialen Austauschbeziehungen unberechenbar wurden und der zeitliche Horizont für politische Orientierungen auf wenige Monate zusammenschrumpfte. Dadurch bleibt eingesetzten Beamten kaum Zeit, ihre Klienten in nachgeordneten Dienststellen unterzubringen. In dieser unsicheren Lage gingen Vorgesetzte dazu über, von ihren Angestellten Geschenke oder Geld zur Sicherstellung ihrer Dienstverhältnisse zu verlangen. So mussten in den letzten Jahren sogar einfache Angestellte wie etwa Lehrer oder Krankenschwestern einen Teil ihres Einkommens an ihre Vorgesetzten abtreten, wenn sie ihre Arbeit behalten wollten.

Das gegenwärtige politische System kann daher als eine extreme Form des Neopatrimonialstaats beschrieben werden, in dem die staatliche Einheit einzig auf persönlichen Loyalitätsbeziehungen der Mitglieder des Verwaltungsstabs zum Staatsoberhaupt beruht, dessen Amtsführung frei und uneingeschränkt ist. In dieser extremen Form von Patrimonialherrschaft erwidert der Herrscher die Unterwürfigkeit seiner Beamten und Minister nicht mehr mit Loyalität, gutem Willen oder Patronage. Die Loyalitätsbekundungen bleiben einseitig. Dadurch ist der Verwaltungsapparat einer ähnlichen Willkür ausgesetzt wie die Bevölkerung und kann jederzeit abberufen, bestraft oder versetzt werden. In Anlehnung an Max Weber wurde diese Form der Herrschaftsausübung auch als Neosultanismus bezeichnet (Chehabi/Linz 1998: 47). Nach starken „Erosionserscheinungen“ des Regimes, dem Umsturzversuch im Herbst 2002 und der Verhaftung politischer Gegner hält Präsident Nijazov die Zügel der Macht wieder fest in der Hand (Geiß 2002).

Schlussfolgerungen

Vergleicht man den politischen Wandel in Turkmenistan mit anderen zentralasiatischen Republiken, erscheint die in der Transformationsforschung gängige Unterscheidung von totalitären, autoritären und demokratischen Regimen irreführend und führt zu falschen Schlussfolgerungen über die Durchführbarkeit von Reformen. In der Perspektive der Transformationsforschung erscheinen alle zentralasiatischen Regime seit Mitte der 1990er Jahre als zunehmend autoritär, und das Hauptproblem des postsozialistischen Wandels wird mit der Demokratisierungsfrage verknüpft. Auf diese Weise lassen sich jedoch weder die Art der Staatlichkeit in Turkmenistan fassen noch die damit verbundenen Einschränkungen für politische Reformen zum gegebenen Zeitpunkt. Während nach dem Zerfall der Sowjetunion die Staaten in den zentralasiatischen Republiken einander ähnlich waren und die Auflösung der bürokratischen und personellen Kontrollmechanismen eine stärkere Patrimonialisierung einleitete, entwickelten sich bereits 13 Jahre nach der Unabhängigkeit unterschiedliche Typen von Staatlichkeit. Während der kasachische Präsident Nazarbaev seine Macht dazu benutzte, umfassendere Rechts- und Verwaltungsreformen voranzutreiben, führte der autoritäre Regierungsstil von Nijazov zu einer extremen Form neopatrimonialer Staatlichkeit. Aus diesem Grund sind die Frage der politischen Nachfolge und die Demokratisierungsaussichten für die einzelnen Republiken bereits jetzt sehr unterschiedlich zu beurteilen.

Das hohe Ausmaß an persönlicher Herrschaft und die unausgeglichene Beziehungen zwischen den Regionen schränken die Möglichkeiten für den Regimewandel in Turkmenistan ein. Westliche Akteure äußerten zunehmend ihre Betroffenheit über die dortige Situation. Einige Exiloppositionelle aber auch NGOs wie die „*International Crisis Group*“ in Brüssel fordern Wirtschaftssanktionen bis hin zu einer Militärintervention, um einen demokratischen Regimewandel herbei zu führen. Wenn jedoch der beschriebene Typus von Staatlichkeit bedacht wird, erscheint ein solches demokratisches Transformationsszenario als wenig Erfolg versprechend. Für einen Regimewechsel ist eher ein informeller Pakt zwischen zentralen und regionalen Eliten notwendig, der die Beziehungen zwischen den Regionen normalisiert und für die Partizipation aller regionalen Eliten an den zentralen Institutionen sorgt. Langfristig wird ein solches Programm den Staat nur dann konsolidieren, wenn es auch mit Rechts- und Verwaltungsreformen verbunden ist, welche die Patrimonialstaatlichkeit effektiv zurück drängen. Eine nachhaltige Liberalisierung, die nicht auf Kosten der politischen Stabilität geht, kann erst eingeleitet werden, wenn der Staat in Richtung eines bürokratischen Entwicklungsstaates gelenkt wird, wie dies gegenwärtig in ersten Ansätzen auch in Kasachstan zu beobachten ist.

Die stark personalisierte Machtstruktur in Turkmenistan birgt große Unsicherheiten für die Zeit nach Nijazov. Viele regionale Eliten und frühere Anhän-

ger des Präsidenten mussten Turkmenistan verlassen, zogen sich ins Privatleben zurück oder befinden sich im Gefängnis. Da Nijazov politische und administrative Eliten immer schneller abberuft und durch unerfahrene Turkmenen mit wenig Einfluss ersetzt, ist es fraglich, ob die neuen Eliten in der Lage sind, durch ein informelles Arrangement die Desintegration der Republik oder den Aufstieg eines zweiten *Türkmenbaşy* zu verhindern. Wenn sich die internationale Gemeinschaft, besonders die USA und die Mitgliedstaaten der EU, zu einer schärferen Gangart gegenüber Turkmenistan durchringen und aktiver den Sturz Nijazovs betreiben sollten, müssen Vorbereitungen getroffen werden, um jene Kräfte innerhalb der Republik zu mobilisieren, die eine Überwindung der regionalen Gegensätze anstreben. Zur Zeit ist ein solcher politischer Wille nicht erkennbar.

Bibliographie

- Akbarzadeh, Shahram, 1999: National Identity and Political Legitimacy in Turkmenistan, in: Nationalities Papers Vol. 27, No. 2, S. 271-290.
- Bennigsen, Alexandre/ Wimbush, S. Enders, 1985: Muslims of the Soviet Empire. A Guide, London.
- Bohr, Annette, 1996: Turkmenistan and the Turkmen, in: Graham Smith (Hrsg.), The Nationalities Question in the Post-Soviet States, London, S. 348-366.
- Chehabi, H. E./ Linz, Juan J., 1998: A Theory of Sultanism 2: Genesis and Demise of Sultanistic Regimes, in: dies. (Hrsg.), Sultanistic Regimes, Baltimore, S. 26-48.
- Cleary, J. W., 1974: Elite Career Patterns in Kazakhstan, in: British Journal of Political Science Vol. 4, No. 4, S. 323-344.
- Easter, Gerald M., 1996: Personal Networks and Postrevolutionary State Building. Soviet Russia Reexamined, in: World Politics Vol. 48, No. 4, S. 551-578.
- Edgar, Adrienne L., 1999: The Creation of Soviet Turkmenistan 1924–1938, PhD Thesis, Berkeley, Mikrofiche-Ausg. Michigan 2000.
- Ežegodnik Bol'shoj Sovetskoj Enciklopedii (BSE), Moskva: Gos. Naučnoe izdatel'stvo 1955–1990.
- Geiß, Paul G., 1995: Nationenwerdung in Mittelasien, Frankfurt a.M.
- Geiß, Paul G., 2002: Boris O. Šichmuradov. Ehemaliger Außenminister Turkmenistans, in: Orient Jg. 43, Nr. 3, S. 337-344.
- Geiss, Paul G., 1999: Turkman Tribalism, in: Central Asian Survey Vol. 18, No. 3, S. 347-358.
- Geiss, Paul G., 2001: Legal Culture and Political Reforms in Central Asia, in: Central Asia and the Caucasus Vol. 12, No. 6, S. 114-125.
- Geiss, Paul G., 2003: Pre-Tsarist and Tsarist Central Asia: Communal Commitment and Political Order in Change, London.
- Getty, J. Arch, 1985: Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938, Cambridge.
- Gill, Graeme/ Pitty, Roderic, 1997: Power in the Party. The Organization of Power and Central-Republican Relations in the CPSU, Houndmills.
- Hughes, James, 1996: Patrimonialism and the Stalinist System: the Case of S. I. Syrtsov, in: Europe-Asia Studies Vol. 48, No. 4, S. 551-568.

- Institute for War and Peace Reporting, 2004: Turkmenistan: Good as Gold, in: IWPR, Reporting Central Asia No. 278, 20.4.2004, www.iwpr.net
- Kadyrov, Šochrat Ch., 2001: Rossijsko-turkmenskij istoričeskij slovar' v dvuch tomach, tom 1, Bergen.
- Linz, Juan L., 1975: Totalitarian and Authoritarian Regimes, in: Fred I. Greenstein/ Nelson W. Polsby (Hrsg.), Handbook of Political Science, Vol. 3, Reading (Mass.), S. 175-412.
- Linz, Juan L., 2003: Totalitäre und autoritäre Regime, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Berlin (Potsdamer Textbücher 4).
- Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans-Jürgen/ Eicher, Claudia/ Thiery, Peter, 2003: Defekte Demokratie, Band I: Theorie, Opladen.
- Migdal, Joel, 1988: Strong Societies and Weak States: State-Societal Relations and State Capabilities in the Third World, Princeton.
- Miller, John, 1983: Nomenklatura: Check the Localism?, in: Rigby/ Harasymiw (Hrsg.), S. 62-97.
- Moses, Joel C., 1983: Functional Career Specialization in Soviet Regional Elite Recruitment, in: Rigby/ Harasymiw (Hrsg.), S. 15-61.
- Myrdal, Gunnar, 1970: „The Soft State“ in Underdeveloped Countries, in: P. Streeten (Hrsg.), Unfashionable Economics. Essays in Honour of Lord Balogh, London, S. 227-243.
- Novruzov, Murad, 2004: Turkmenistan: No to foreign education, in: Institute for War and Peace Reporting, Reporting Central Asia No. 285, 18.5.2004, www.iwpr.net
- Ochs, Michael, 1997: Turkmenistan: the Quest for Stability and Control, in: Karen Dawisha/ Bruce Parrott (Hrsg.), Conflict, Cleavage, and Change in Central Asia and the Caucasus, Cambridge, S. 312-359.
- Pétric, Boris-Mathieu, 2003: Pouvoir, don et réseaux en Ouzbékistan post-soviétique, Paris.
- Pethybridge, Roger, 1990: One Step Backwards, Two Steps Forward: Soviet Society and Politics in the New Economic Policy, Oxford.
- Rigby, T. H./ Harasymiw, Bohdan (Hrsg.), 1983: Leadership Selection and Patron-Client Relations in the USSR and Yugoslavia, London.
- Roy, Olivier, 1997: La nouvelle Asie Centrale ou la fabrication des nations, Paris.
- Rutland, Peter, 1993: The Politics of Economic Stagnation: The Role of Local Party Organs in Economic Management, New York.
- Service, Robert, 1979: Bolshevik Party in Revolution: A Study in Organizational Change, 1917–1923, London.
- Willerton John, 1992: Patronage and Politics in the USSR, Cambridge.